

Seit Mitte März arbeiten mehr als ein Dutzend bundesweite Dachverbände gemeinnütziger Jugend- und Bildungshäuser zusammen, um die Coronakrise zu bewältigen.

Die Verbände sind im Einzelnen: Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung Bundesverband e.V., Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V., BAG Familienerholung, BAG Katholisches Jugendreisen, BAG KiEZE, BAG Lernort Bauernhof e.V., Bundesverband Erlebnispädagogik, Deutsches Jugendherbergswerk e.V., Evangelische Häuser in Deutschland (Himmlische Herbergen), Gesellschaft für Jugendeinrichtungen e.V., Landesjugendring Schleswig-Holstein, Naturfreunde Deutschlands e.V., Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken, Verband Christlicher Pfadfinderinnen und Pfadfinder e.V., Verband der Bildungszentren im ländlichen Raum e.V., Verband Deutscher Schullandheime und 80 weitere Häuser.

Diese haben Wirtschaftsdaten für 1.700 Bildungseinrichtungen erhoben und einen Mangelbedarf in Höhe von 736 Mio. Euro angemeldet. Nun Anfang Juni stehen viele Häuser vor der Insolvenz. 36 Mio. Übernachtungen wurden bis März 2021 abgesagt, 40.000 Arbeitsplätze drohen verlorenzugehen. Eine über Jahrzehnte aufgebaute Struktur der Bildung, Jugendhilfe und regionalen Netzwerkarbeit ist in Gefahr, zu verschwinden.

Mit dem Ergebnis des Koalitionsausschusses kommt nun Hilfe für die gemeinnützigen Jugend- und Bildungshäuser, wofür wir dankbar sind. Soll diese Hilfe aber wirklich greifen, sind einige Korrekturen vonnöten. Deshalb fordern die Verbände, an der Ausgestaltung der Hilfe zur Überbrückung (Punkt 13) und zur Stabilisierung gemeinnütziger Organisationen (Punkt 15) beteiligt zu werden. Die Realität der Bildungsanbieter muss berücksichtigt werden!

Zu Punkt 13:

Wir schlagen vor, aus den offensichtlich beim BMWi angesiedelten Überbrückungshilfen von 25 Mrd. Euro die Summe von 736 Mio. in die Zuständigkeit des BMFSFJ zu transferieren, um die trotz aller Einsparungen der Träger nicht zu kompensierenden Kosten der 1.700 Einrichtungen daraus bestreiten zu können.

Wir brauchen eine wirtschaftlich angemessene Erhöhung und dementsprechende Verlängerung der Überbrückungshilfen von 3 auf 7 Monate, ähnlich wie die klassische Tourismuswirtschaft sie fordert.

Wir brauchen einen Zuschuss, der unabhängig von der Zahl der Beschäftigten und ausschließlich am Umsatzausfall orientiert ist.

Zu Punkt 15:

Wir sind dankbar für die über KfW in Aussicht gestellte Kredite. In dieser einmaligen Ausnahmesituation sind allerdings ausschließlich nicht rückzahlbare Zuschüsse zielführend. Bildungshäuser sind als gemeinnützige Einrichtungen nicht auf Gewinnerzielungsabsicht ausgelegt und können Kredite nur im Ausnahmefall zurückbezahlen.

Wenn eine solche Lösung politisch nicht möglich ist, brauchen wir 0%-Zinskredite mit langer Laufzeit. Solche KfW-Darlehen sind und bleiben aus unserer Sicht nur eine Notlösung.

(9.6.2020)